

Hilfe bei Lebenskrisen

Staatssekretärin Mielich bei pro familia in Pforzheim

PK – Staatssekretärin Bärbl Mielich war bei pro familia in Pforzheim zu Besuch. Die Politikerin informierte sich auf Einladung der Landtagsabgeordneten Stefanie Seemann (Bündnis 90/Die Grünen) über laut Pressemitteilung „die größte pro familia Einrichtung in Baden-Württemberg“.

Seit 18 Jahren werden in Pforzheim Beratungshilfen für Schwangere und werdende Eltern geleistet. Außerdem gibt es aufsuchende sozialpädagogische Hilfen zur Erziehung. Zwei Fachabteilungen mit über 50 pädagogischen Fachkräften arbeiten neben- und miteinander mit unterschiedlichen Aufträgen: dem Schwangerenkonfliktgesetz und dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Das sei ein Alleinstellungsmerkmal bei pro familia in Baden-Württemberg, wie Geschäftsführerin Edith Münch erläuterte.

Münch leiste gemeinsam mit Britta Gottwald und Wolfgang Jeuter an der Spitze „eine hervorragende Arbeit“, urteilt Stefanie Seemann. „Deswegen war es mir sehr wichtig, Frau Staatssekretärin Mielich das überaus vielfältige Hilfsangebot von pro familia zu zeigen und deutlich zu machen, wie wichtig diese Arbeit für die Menschen in und um

Pforzheim ist.“ Pro familia Pforzheim 1 erbringe mit ihrem vielfältigen Angebot „einen wertvollen Beitrag bei der Bewältigung individueller Lebenskrisen“, wird Mielich zitiert. Die Einrichtung stehe dafür ein, dass Familien und Frauen in der Schwangerschaft einen unge-

Abschaffung von Paragraf 219 a gefordert

hinderten Zugang zu einer ergebnisoffenen Beratung haben ebenso wie Zugang zu Informationen rund um Familienplanung.

Die Staatssekretärin betonte bei ihrem Besuch, dass die Einrichtung damit einen bundesgesetzlichen Auftrag erfülle und daher gesichert und unterstützt werden müsse. Die stellvertretende Vorsitzende von pro familia, Barbara Scheffler, unterstrich die besondere Rolle: „Pro familia kommt aus der sozialen Bewegung und steht besonders dafür ein, dass die Rechte der Menschen, der Ratsuchenden sozialpolitisch gesehen und bestärkt werden.“

Im Gespräch mit Mielich wurden als gemeinsame Ziele festgehalten: Das

Menschenrecht auf Familienplanung, das seit 1994 ein UN-Menschenrecht ist und im bundesdeutschen Recht 1992 verabschiedet wurde – als Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten. Es geht dabei um Rechte, die gesellschaftlich und politisch gesichert werden müssen. Dazu zähle das Recht auf ungehinderten Zugang zur Beratung von Familien und Frauen in der Schwangerschaft.

Weiter gehe es um das Recht auf Zugang zu Verhütung, auch für Menschen, die SGB II-Leistungen erhalten: Pforzheim und Enzkreis stehen hierfür bereits ein – und auf Landes- und Bundesebene erhoffen wir eine gleichgerichtete Entwicklung für alle Kommunen im Land.

Außerdem betonen die Teilnehmer des Treffens ein Recht auf Information, um Familienplanung in alle Richtungen umsetzen zu können – sowohl die Hilfeleistungen zur Vorbereitung der Geburt wie auch der entgegengesetzten Entscheidung: Information über qualifizierte medizinische Hilfen für einen Abbruch wie dies in Österreich und der Schweiz selbstverständlich möglich ist. Sie fordern die Abschaffung des Paragraphen 219 a.